



Arger mit Gscheidle: Christine von Bergen, Jürgen Brammer, Werner Krone, Hans-Joachim Gerhus, Ulrich Flamme (unten, von links); Axel Seiderer, Jürgen Hoffmann, Hermann Schladt, Volker Blaschke (oben, von links) (Foto: Schladt)

# Zu „links“, um Lok zu fahren

Wie Hamburg — Sie sind Lokführer, Fahrkartenschleure, Kundenberater bei der Post, sie stellen Frachtbriefe für Güterzüge zusammen oder geben bei der Post Aufträge für neue Telefonanschlüsse. Doch ihr oberster Dienstherr bei Bahn und Post, Bundesminister Kurt Gscheidle (SPD) will sie nicht haben: In ihrer Freizeit sind sie für die Deutsche Kommunistische Partei tätig.

Das ist der Vorwurf gegen neun Post- und Bundesbahnbedienstete, die gestern bei der Eröffnungsveranstaltung der IVA gegen Berufsverbote demonstrierten. Dabei waren auch mehrere Hamburger: Volker Blaschke (29), dem eine Planstelle verweigert wird, Jürgen Brammer (25), der seit 1976 auf seine Übernahme als Beamter wartet, und Christine von Bergen (25), die 1977 einen Tag vor ihrer Festanstellung als Beamte zu einem persönlichen Gespräch zu ihren Dienstvorgesetzten geladen wurde, in dem sie Fragen zu ihrer politischen Gewinnung beantworten sollte.

Bei Bundesbahn und Post gibt es gegenwärtig 40 akute Fälle, in denen Mitarbeiter wegen angeblich verfassungswidriger Tätigkeit aus dem Dienst

entfernt oder nicht als Beamte übernommen werden sollen.

Für die Initiative „Weg mit den Berufsverböten“ war die IVA willkommener Anlaß, auf die Lage dieser Bundesbahner und Postler aufmerksam zu machen:

„Während sich die BRD auf der IVA als ein weltoffenes Land mit modernsten verkehrstechnischen Errungenschaften präsentiert, hält jedoch Bundesverkehrsminister Gscheidle an den politischen Traditionen der technischen Gründerzeit fest“, heißt es in einer Erklärung der Initiative.

Gscheidle ist seit langem wegen seiner Berufsverbote-Praxis in der SPD unter Beschuß geraten. Die Jungsozialisten forderten mehrfach schon seinen Rücktritt. Ihm wird vorgeworfen, seinen Kurs beibehalten zu haben, auch nachdem die Bundesregierung Anfang 1979 ihre Grundsätze im Umgang mit „Extremisten“ im öffentlichen Dienst geändert hat.

Bei den Betroffenen handelt es sich auch um langjährige Beamte wie den Bundesbahnhauptsekretär Hans Schulz (48) aus Homburg/Saar, der sich nach 25 Dienstjahren wegen seiner Mitgliedschaft für die DKP verantworten mußte.